

# WOV als politischer Lernprozess

## Weitere Pilotprojekte Leistungsaufträge und Globalkredite erteilt

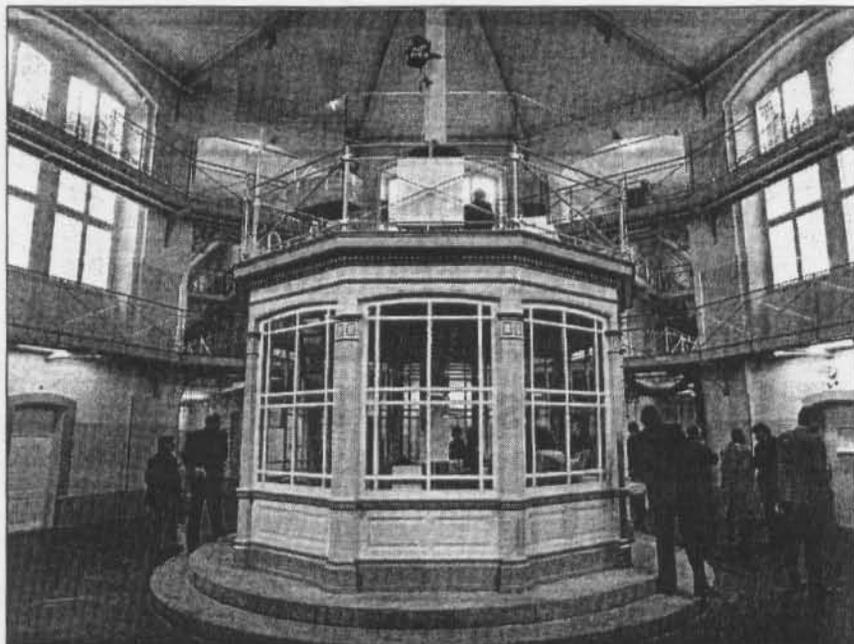
Fünf weiteren Pilotversuchen mit der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV) hat der Grosse Rat zugestimmt. Sie gelten für das Statistische Amt, die Kantonale Strafanstalt Lenzburg, das Strassenverkehrsamt Schafisheim, den Kantonalen Lehrmittelverlag und die Abteilung Sport im Erziehungsdepartement. Diesen staatlichen Bereichen wurden für die Zeitspanne 1999 bis 2002 Leistungsaufträge erteilt und Globalkredite im Gesamtumfang von 62,5 Mio. Franken zugesprochen.

Sie können über die ihnen zugeteilten Mittel flexibler verfügen als im Rahmen fester jährlicher Budgetvorgaben. WOV verfolgt das Prinzip, dass der Grosse Rat festlegt, was zu tun ist – wie es getan wird, bestimmen die Regierung und die Verwaltung. Dem Parlament verbleibt aber die Aufgabe, zu überprüfen, ob die Leistungsaufträge erfüllt werden oder nicht. Die Trennung von strategischen und operativen Kompetenzen stellt erhöhte Anforderungen. Grosse Rat, Regierung und Verwaltung wagen sich auf Neuland vor. Sie haben sich entschieden, zunächst mit einer Anzahl zeitlich befristeter Versuche in verschiedenen Bereichen der Verwaltung Erfahrungen zu sammeln. Inzwischen sind neun Pilotprojekte aufgelegt.

### Die Rolle des Parlamentes

Der Grosse Rat tat sich aus Erfahrungsmangel mit der Ausformulierung konkreter Leistungsaufträge an die neuen «Kandidaten» noch etwas schwer. Um so mehr reflektierte er über seine eigene Rolle in diesem politischen Prozess. Mit der Einführung von Globalbudgets verzichtet er darauf, die Mittelzuweisung bis ins Detail festzulegen. Dass dies eine Ausschaltung des Parlamentes bewirken könnte, sei nicht der Sinn von WOV, erwiderte Landammann Ulrich Siegrist auf kritische Stimmen vor allem aus der SP-Fraktion.

Einige kritische Anmerkungen brachte auch die Sprecherin der grossrätlichen Kommission Erziehung, Bildung und Kultur, Doris Fischer-Taeschler (fdp, Seengen) an, die über den WOV-Versuch in der Abteilung Sport referierte: Die Angst vor dem Verlust direkter Einflussnahme, vor einer Papierflut und vor dem Nichterkennen von Kontrollmöglichkeiten sei noch nicht aus-



Die Strafanstalt Lenzburg gehört neu zu den neun Pilotversuchsprojekten für die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV).

FOTO: HPS

geräumt. Überdies habe die Regierung mit den unter Termindruck eingebrachten neuen Pilotprojekten das Milizparlament einmal mehr – wie in letzter Zeit oft – bis an seine Grenzen gefordert. Wenn der Langmut der Kommission weiterhin so schamlos ausgenutzt werde, könnte es früher oder später einmal zu einem Fisako kommen.

Der Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, Thomas Stübi (cvp, Dietwil), machte am WOV-Versuch für das Statistische Amt den Rat darauf aufmerksam, dass der Umgang mit einem allfälligen Fehlbetrag in der Globalbudgetierung präziser geregelt werden müsste. Bis jetzt wurde nur festgelegt, wie Ertragsüberschüsse verwendet werden dürfen. (50 Prozent des Überschussbetrages verbleiben zweckgebunden in der entsprechenden Produktgruppe, über den frei verfügt werden darf, mit Ausnahme von lohnwirksamen Massnahmen.)

Allfällige Fehlbeträge sind – wie der Rat nun ergänzend beschloss – bis am Ende der Pilotperiode auszugleichen. Sind Leistungsziele nicht erreicht, können weitere, nicht lohnwirksame Massnahmen getroffen werden. Die Pilotbereiche haben dem Grossen Rat mit den Botschaften zur Staatsrechnung 1999 und zum Voranschlag 2000 in Zwi-

schenberichten über den Stand der Versuche Rechenschaft abzulegen.

Im Auftrag der SVP-Fraktion beantragte Hans Hagenbuch (Oberlunkhofen), dass mit diesen Zwischenberichten Varianten über Aufwandminderungen oder Leistungssteigerungen aufzuzeigen seien. Während Finanzdirektor Siegrist ein gewisses Verständnis für das Begehren zeigte, weil dem Grossen Rat im Erfahrungsprozess Kurskorrekturen zuzubilligen seien, lehnten Josef Bürge (cvp, Baden) und Rudolf Hug (fdp, Oberrohrdorf) eine solche bindende Vorgabe ab. Sie sei verfrüht, erklärten sie. Der Rat teilte ihre Auffassung.

Am meisten zu reden gaben die WOV-Versuche für die Strafanstalt und den Lehrmittelverlag. Der Lehrmittelverlag sei nicht unbedingt eine Staatsaufgabe, meinte die SVP-Fraktion und verlangte bereits mit dem nächsten Zwischenbericht Privatisierungsvorschläge. Das sei überflüssig, fand Thomas Leitch (sp, Berikon), da der WOV-Versuch u.a. auf diese Frage angelegt sei. Über die Ausgestaltung der Produktgruppe «Sicherheit» in der Strafanstalt teilten sich die Meinungen. Karin Ammann (sp, Aarau) vermisste den Mut, eine Entweichquote in Betracht zu ziehen. Rolf Urech (fps, Hallwil) plädierte vehement für eine «Fluchtquote null». (H. P. W.)